

02.3597 *Interpellation David vom 04.10.02*

## **Wirtschafts- und Währungspolitik. Gleiche Situation wie anfangs der 90er-Jahre?**

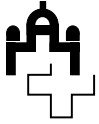
### **Begründung der Interpellation**

"Der Wechselkurs des Schweizerfrankens liegt notorisch über der Kaufkraftparität." ("NZZ", 30. September 2002). Die in der "NZZ" publizierten Daten zeigen, dass dieselbe negative Entwicklung im Gange ist wie 1991-1995. Die Überbewertung des Schweizerfrankens im Verhältnis zum Euro überschreitet wiederum die Schwelle von 40 Prozent. Die Wirtschafts- und Währungspolitik der ersten Hälfte der Neunzigerjahre war dafür mitverantwortlich, dass die Schweizer Wirtschaft in eine Stagnationsphase geriet, die bis Ende der Neunzigerjahre andauerte.

Damals wie heute ist festzustellen, dass der immer wieder geltend gemachte Vorteil eines überbewerteten Frankens, nämlich tiefe Zinsen für Unternehmen und Private, sich in der Realität kaum auswirkt. Das von den Banken eingeführte Kreditrating hat zur Folge, dass KMU, aber auch grössere Unternehmen, praktisch keinen relevanten Zinsvorteil mehr in Anspruch nehmen können. Die Reduktion des Leitzinses durch die Nationalbank in den letzten zwölf Monaten vermochte keine Wende hinsichtlich der Überbewertung herbeizuführen.

Dies führt mich zu folgenden Fragen an den Bundesrat:

1. Verfolgten er und die Nationalbank in den letzten drei Jahren gegenüber dem Euro eine Überbewertungspolitik? Wie liesse sich eine solche Politik vor dem Hintergrund der Erfahrungen der Neunzigerjahre begründen?
2. Welche konkreten Massnahmen treffen er und die Nationalbank in der Wirtschafts- und Währungspolitik, um eine Wiederholung früherer Fehler und damit eine weitere Stagnationsphase für die Schweiz zu vermeiden?
3. Wie stellen er und die Nationalbank sich zur Tatsache, dass der Zinsvorteil aus dem überbewerteten Franken nur zu einem geringen Teil an die Wirtschaft, vor allem an die KMU, weitergeleitet wird bzw. werden kann? Insbesondere: Inwiefern beeinflusst diese Tatsache die aktuelle Währungspolitik der Nationalbank?
4. Welche wirtschafts- und währungspolitischen Instrumente setzen der Bundesrat und die Nationalbank ein, um die aktuelle massive Überbewertung gegenüber dem Euro (über 40 Prozent) abzubauen? Wie effizient sind die eingesetzten Instrumente, und wann kann mit den entsprechenden Auswirkungen in der Volkswirtschaft, insbesondere im Außenhandel der schweizerischen KMU mit Unternehmen in der EU und in der schweizerischen Tourismusbranche, gerechnet werden?



## Behandlung der Interpellation im Parlament

*Eingereicht im Ständerat am 04.10.2002*

*Schriftliche Antwort des Bundesrates vom 20.11.2002*

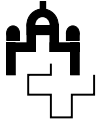
1. Die Geld- und Währungspolitik wird von der Schweizerischen Nationalbank (SNB) geführt. Diese trifft ihre Entscheidungen -gestützt auf Artikel 99 Absatz 2 der Bundesverfassung - unabhängig von Bundesrat und Parlament. Der Bundesrat und die SNB treffen sich allerdings regelmässig, tauschen ihre Einschätzungen der Konjunkturlage aus und informieren sich gegenseitig über wichtige Entscheidungen. Die SNB verfolgt keine Überbewertungspolitik gegenüber dem Euro. Vielmehr richtet sie ihre Geldpolitik auf das Ziel aus, die Preisstabilität mittelfristig aufrechtzuerhalten. Dabei berücksichtigt sie den Konjunkturverlauf.

Der Wechselkurs spielt für die geldpolitische Lagebeurteilung der SNB eine wichtige Rolle, weil er einerseits die Importpreise und andererseits die Exportmöglichkeiten beeinflusst. Die SNB hat in den letzten beiden Jahren verschiedentlich ihrer Sorge über die Entwicklung des Frankenkurses Ausdruck gegeben und ist dieser mit deutlichen Zinssenkungen entgegengetreten. Mit der starken Lockerung des monetären Umfeldes hat sie auch dem schwierigen konjunkturellen Umfeld Rechnung getragen.

Der Wechselkurs ist allerdings ein Marktpreis und nur bedingt durch die SNB zu beeinflussen. Der Bundesrat und die Nationalbank teilen aber die Auffassung des Interpellanten, dass eine starke Frankenaufwertung im gegenwärtigen Zeitpunkt unerwünscht wäre. Die SNB hat mehrmals angekündigt, dass sie entschlossen reagieren werde, sollten ausserordentliche Ereignisse politischer oder militärischer Art für einen weiteren Aufwertungsdruck auf den Franken sorgen. Dank den niedrigen Inflationserwartungen ist dazu der notwendige Handlungsspielraum vorhanden.

2. Die SNB hat seit März 2001 ihr Zinszielband um insgesamt 2,75 Prozentpunkte gelockert. Der Dreimonatslibor bewegt sich gegenwärtig um 0,75 Prozent, und die Rendite der 10-jährigen Bundesobligationen liegt weiterhin deutlich unter 3 Prozent. Demgegenüber lagen die Dreimonatssätze Anfang der Neunzigerjahre über 8 Prozent, die Renditen der 10-jährigen Bundesobligationen über 6 Prozent. Die damalige restriktive Geldpolitik war nötig, um den grossen Inflationsdruck zu bekämpfen. Die heutige Geldpolitik kann expansiver sein, weil die Preisstabilität nicht gefährdet ist. Auf der Zinsseite ist das monetäre Umfeld also deutlich lockerer als zu Beginn der Neunzigerjahre. Gleiches trifft auf die Wechselkursentwicklung zu: Während in den dreieinhalb Jahren von Mitte 1992 bis Ende 1995 der reale Wechselkursindex des Frankens gegenüber den Währungen der heutigen Eurozone um 18 Prozent, der Totalindex sogar um 22 Prozent anstieg, betrug der Anstieg in den letzten etwa dreieinhalb Jahren seit Anfang 1999 noch 5,3 bzw. 2 Prozent. Allerdings hängt die Erholung der schweizerischen Wirtschaft, insbesondere der Exportwirtschaft, heute weniger vom Wechselkurs als vielmehr davon ab, ob die Auslandnachfrage wieder anzieht.

3. In der Tat werden Bankkredite, trotz des günstigen Zinsumfeldes, teilweise mit recht hohen Risikoprämien vergeben, welche nicht zuletzt von der Konjunkturentwicklung



beeinflusst werden. Es ist allerdings weder Aufgabe des Bundesrates noch der Nationalbank, direkt in die Kreditpolitik der Geschäftsbanken einzugreifen. Vielmehr muss das regulatorische Umfeld sicherstellen, dass die Kredite risikogerecht vergeben werden und somit die Stabilität des Finanzsystems gewährleistet ist. Dies ist gegenwärtig der Fall: Angesichts des unsicheren wirtschaftlichen Umfeldes ist eine zurückhaltende Kreditpolitik verständlich. Im Gegenzug ist - im Unterschied zu den Neunzigerjahren - die Gefahr geringer, dass massive Verluste im inländischen Kreditgeschäft zu einer plötzlichen Kreditverknappung führen. Hervorzuheben ist auch, dass die Höhe der Risikoprämiennormalerweise nicht vom allgemeinen Zinsniveau abhängt. Dies bedeutet, dass die KMU ohne die Zinssenkungen der SNB heute noch viel höhere Kreditzinsen zu tragen hätten. Die expansive Geldpolitik ist daher auch für die KMU günstig, obwohl dies in den nominalen Zinssätzen für ihre Kredite nicht direkt zum Ausdruck kommt.

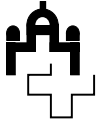
4. Die im Vorstoss zitierte Aufwertung des Frankens gegenüber dem Euro von 40 Prozent ist eine wenig glaubwürdige Zahl. Sie stammt aus einem Vergleich der Kaufkraftparitäten von Franken und Euro, welcher auf fraglichen Annahmen beruht. Insbesondere ist ein solcher Vergleich problematisch angesichts der unterschiedlichen Warenkörbe in den verschiedenen Ländern, den Qualitätsunterschieden und der Tatsache, dass ein gewisser Teil der Waren und Dienstleistungen international nicht handelbar sind.

Differenzen im Preisniveau zwischen Regionen mit unterschiedlicher Entwicklung können zudem wie folgt erklärt werden: Im Allgemeinen sind die Preise von handelbaren Waren in der Schweiz durchaus mit den europäischen Preisen vergleichbar. Da die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzten Schweizer Industrien eine hohe Produktivität aufweisen, sind sie auch in der Lage, im internationalen Vergleich relativ hohe Löhne zu zahlen. Dieses hohe Lohnniveau im Bereich der international tätigen Schweizer Firmen zwingt auch die Produzenten von nicht handelbaren Waren und Dienstleistungen, ihren Angestellten relativ hohe Löhne ausbezahlen, obwohl die Produktivität in diesem Bereich oft niedriger ist. Dies führt unvermeidlich zu relativ hohen Preisen für solche Waren und Dienstleistungen.

Das relativ hohe Schweizer Preis- und Lohnniveau widerspiegelt deshalb den hohen Entwicklungsstand unseres Landes und die teilweise mangelhafte Produktivität im wettbewerbsgeschützten Binnensektor und kann nicht einfach als Überbewertung des Frankens dargestellt werden. Seit seiner Einführung am 1. Januar 1999 hat der Euro ungefähr 8,5 Prozent an Wert eingebüsst. Berücksichtigt man allerdings die unterschiedliche Teuerungsentwicklung in der Schweiz und den Euroländern, hat sich der Euro durchschnittlich real noch ungefähr 1,5 Prozent pro Jahr abgewertet - eine im historischen Vergleich nicht ausserordentliche Entwicklung.

#### Debatte im Ständerat am 05.03.03:

**Präsident** (Plattner Gian-Reto, Präsident): Herr David ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt und beantragt Diskussion. - Sie sind damit einverstanden.



**David Eugen (C, SG):** Ich möchte im Wesentlichen auf vier Punkte zu sprechen kommen, die sich aus der bundesrätlichen Antwort ergeben: erstens die Frage der Einschätzung der Bedeutung der Überbewertung des Frankens; zweitens die Ursachen für diesen Tatbestand; drittens die Folgen; viertens die Frage, was nach meiner Meinung zu tun wäre.

1. Der Bundesrat schätzt die Überbewertung des Frankens nicht als sehr gravierend ein. Man kann sich über Zahlen immer streiten. Ich habe die Zahlen aufgegriffen, die aus der "NZZ" stammen, habe inzwischen aber festgestellt - und das beruhigt mich auch einigermaßen -, dass dieselben Zahlen im Wirtschaftswachstumsbericht des Seco wiedergegeben werden. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, aber für mich ist beispielsweise ein Fakt ganz gravierend:

Gemessen an der Preissituation in Deutschland, also in unserem wichtigsten Exportland und Konkurrenzland auch für die Industrie, haben wir durchschnittlich für dieselben Güter und Dienstleistungen ein um 20 Prozent höheres Preisniveau. Das wird auch durch den Wachstumsbericht des Bundesrates selbst ausgewiesen. Die Preise in der Schweiz sind - auch nach diesem Bericht - im Vergleich mit dem OECD-Niveau 38 Prozent höher. Aber entscheidend für mich sind die 20 Prozent Unterschied gegenüber Deutschland: Unser Preisniveau für Dienstleistungen und Güter weicht in diesem hohen Mass ab. Auch im Wachstumsbericht des Bundesrates wird dieses Faktum anerkannt.

Ich möchte nicht über die Detailzahlen streiten, bin aber deswegen von der Antwort des Bundesrates nur teilweise unbefriedigt, weil ich den Eindruck habe, die Folgen dieser Politik - oder dieser Differenz, sag ich jetzt einmal - für unser Wachstum in der Schweiz und für unsere wirtschaftliche Entwicklung würden generell viel zu wenig beachtet. Ich behaupte, die Konsequenzen aus dieser Tatsache machen uns immer mehr zu schaffen.

2. Was sind die Ursachen? Auch darüber kann man streiten. Der Bundesrat macht deutlich, dass er der Ansicht ist, die Wechselkurspolitik der Nationalbank sei nur am Rand dafür verantwortlich. Ich kann die Meinung teilen, dass es sicher keine monokausale Ursache dafür gibt.

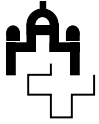
Es gibt im Wesentlichen zwei Ursachen: einerseits die Wechselkurspolitik und andererseits der Mangel an Preiswettbewerb in unserem eigenen Land. Das Verhängnisvolle sind eigentlich nicht die beiden Einzelursachen. Man kann bei jeder Einzelursache Gründe dafür anführen, wie wichtig sie ist oder nicht. Das Problem ist die Kombination.

Das heisst: Beide Ursachen zusammen - die Wechselkurspolitik und der Mangel an Preiswettbewerb in unserem Lande - verstärken die negativen Effekte, die aus diesen hohen Preisen in der Schweiz für unsere Volkswirtschaft entstehen.

3. Worin liegen denn die negativen Effekte? Auf die Folgen dieser Überbewertungspolitik weisen einerseits in aller Deutlichkeit der Wachstumsbericht des EVD, aber auch der Bericht der Interdepartementalen Arbeitsgruppe Wachstum vom 18. Dezember 2002 hin, den uns der Bundesrat neuerdings vorgelegt hat und wo man dann auch über Massnahmen spricht. Die Folgen dieser Überbewertungspolitik sind eben dieses mangelnde Wachstum, das wir hatten.

Herr Bundesrat Villiger, im Seco-Bericht steht es, ich kann es zitieren, das sind Fakten: Ab 1991 wurde die Schweiz vom internationalen Wachstumszug abgekoppelt. Die Schweiz konnte als einziges OECD-Land - man muss sich das vor Augen halten! - das reale BIP pro Kopf über das ganze Jahrzehnt nicht steigern; es ist im Gegenteil leicht gesunken. Das sind ganz gravierende Fakten.

Wir haben vorhin über die Haushaltprobleme gesprochen. Ich bin der Überzeugung, dass diese Probleme ihre Hauptursache in dieser eben dargelegten Tatsache haben. Es ist daher zu kurz gegriffen, wenn wir uns jetzt sehr intensiv - was ich zwar notwendig finde - mit dem Haushalt ausein-



ander setzen, aber die wahren Ursachen, die dahinter stehen, nicht oder zu wenig erkennen und angehen. Ich möchte nur den Punkt des Sozialversicherungssystems aufnehmen.

Alle unsere Sozialversicherungssysteme sind auf der Annahme und Erwartung von Wachstum aufgebaut. Das ist das Prinzip. Bis in die Gesetze hinein wurden diese Systeme in den Siebziger- und Achtzigerjahren, zum Teil auch schon früher, so konstruiert, dass man mit einer kontinuierlich wachsenden Volkswirtschaft rechnete. Diese Systeme setzen das voraus, und das Problem, das wir heute mit den Sozialversicherungen haben, liegt genau darin. Dieses Wachstum haben wir in den letzten zehn Jahren nicht gehabt, und weil wir es nicht hatten, haben wir die Probleme bei den Sozialversicherungssystemen.

Da teile ich die vorher geäußerte Meinung, dass man mit dem Streichen der Position „Luchse“ und Ähnlichem den Haushalt nicht in Ordnung bringen kann - ohne Kollege Schmid zu nahe treten zu wollen -, aber vermutlich sind es schon die Milliardenbeträge, die uns massiv Mühe machen.

Nun kann und muss man natürlich zwei Dinge machen: Einerseits müssen wir die Sozialversicherungssysteme von den Wachstumserwartungen einmal abkoppeln; das ist eine Sofortmassnahme. Wenn wir das nicht machen, werden wir die Haushaltprobleme überhaupt nicht lösen. Wir müssen all jene Mechanismen, die in diesen Gesetzen - sei es nun AHV, IV oder sonstwo - automatisches Wachstum voraussetzen, entkoppeln.

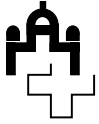
Diese Abkoppelung ist die erste Massnahme. Aber es ist unbefriedigend für eine Volkswirtschaft, wenn man zugeben muss: Wir sind in einer Stagnationsphase und kommen nicht mehr raus. Darum stellt sich die zweite Frage: Wie kommen wir wieder zu einer Wachstumsbewegung in der Volkswirtschaft, die dann auch die Fiskal- und die Haushaltprobleme zu lösen vermag? Da hat für mich neben der Wirtschaftspolitik auch die Wechselkurspolitik eine Aufgabe.

Bevor ich darauf zu sprechen komme, möchte ich noch einen Punkt aufnehmen, den ich auch in der Interpellation angesprochen habe und der immer wieder vorgebracht wird. Man sagt, der starke Franken, diese auf eine Aufwertung des Frankens tendierende Wechselkurspolitik der letzten Jahre, fördere einen tiefen Zins in der Schweiz und damit fördere er auch die KMU. Das mag einmal richtig gewesen sein. Heute jedenfalls stimmt das "sur le terrain" einfach nicht mehr; die Zeiten, in denen sich die KMU-Zinsen nach dieser Wechselkurspolitik richteten, sind total vorbei. Das ist nicht mehr so. Die Zinsdifferenz kommt den KMU nicht mehr zugute, im Gegenteil.

Sie können sich einzelne Branchen ansehen wie beispielsweise das Hotelgewerbe. Das Hotelgewerbe in der Schweiz hat heute wesentlich höhere Zinsen als beispielsweise das österreichische Hotelgewerbe. Unsere Banken haben ihre Zinspolitik geändert, bezogen auf die Risikosituation. Weil die Volkswirtschaft stagniert, steigen auch die Risiken; weil die Risiken steigen, müssen die Zinsen höher sein. Das ist eigentlich heute der Argumentationsdiskurs für die Zinsen - und nicht die Hoffnung, mit einem steigenden Franken komme man zu tiefen Zinsen.

#### 4. Ich komme zum letzten Punkt: Was können wir eigentlich tun?

Ich freue mich, dass der Bundesrat jetzt die gesamte Wachstumsproblematik sehr zentral ins Auge fasst, uns auch Berichte vorlegt und Massnahmen vorschlägt. Wenn ich jetzt den letzten Bericht vom 18. Dezember 2002 ansehe - es ist noch nicht ein Bericht des Bundesrates, sondern ein Bericht der Arbeitsgruppe des Bundesrates - mit dem Titel "Massnahmen für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik", werden bei den Prioritäten folgende Punkte genannt: Revision des Kartellgesetzes, Schuldenbremse, Kostenkontrolle im Gesundheitswesen und zusätzliche Ausgaben für Bildung und Forschung. Wenn ich die vier Punkte lese, glaube ich nicht richtig daran, dass wir damit den Zug wirklich erwischen werden, wenn er nach der globalen Veränderung der Wirtschaftslage wieder anfährt. Ich glaube, es braucht viel griffigere, zentralere und fundamentalere Massnahmen, damit wir das nächste Mal nicht wie 1991 den Wachstumzug versäumen.



Zwei Punkte müssen wir angehen:

Der erste Punkt betrifft die Wirtschaftspolitik im Bereich der Regulierung und der Standortsituation der Schweiz. Da haben wir Marktabschottung betrieben und betreiben sie immer noch. Viele denken, der Preiswettbewerb gegenüber der Schweiz müsse abgewehrt werden. Wir haben die Diskussion im Rahmen des Kartellgesetzes geführt, wo die alten Grabenkämpfe wieder geführt worden sind. Wieder ist argumentiert worden, dass es für die Schweiz eigentlich nützlicher sei, wenn wir den Preiswettbewerb in bestimmten Sektoren eher etwas unten halten; das sei besser, als ihn laufen zu lassen, insbesondere auch über die Grenze hinaus. Die Schweizer Grenze wird als Preisgrenze immer noch gepflegt! Solange wir das tun, werden wir diese Probleme meiner Überzeugung nach nicht lösen.

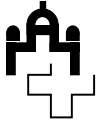
Der zweite Punkt betrifft generell die Integration der Schweiz in den europäischen Markt. Wir haben die Wirkung unterschätzt. Denken wir nur an die Aussagen von Professoren im Vorfeld der EWR-Abstimmung zurück: Es hat damals berühmte Professoren gegeben, die uns verkündet haben, es spiele überhaupt keine Rolle, was wir tun. Wir könnten nämlich dem EWR beitreten oder nicht beitreten, wir würden das Wachstum trotzdem haben. Jetzt sind wir nicht beigetreten und haben kein Wachstum gehabt. Dieselben Professoren sagen uns heute, dass wir es eben verpasst hätten, die richtigen Reformmassnahmen in diesem Staate in den letzten zehn Jahren einzuleiten, um eben diese Ausfälle, die wir aufgrund des EWR-Entscheidunges hatten, nicht realisieren zu müssen.

Ich bin davon überzeugt, dass der wesentliche Punkt, warum wir keine Reformen machen, wo es notwendig ist, der fehlende Aussendruck ist. Wir können die Reformen vor uns herschieben. Wir sind nicht gezwungen, innerhalb eines bestimmten Fahrplanes darüber zu entscheiden. Damit hat eben letztlich doch die Abkoppelung vom europäischen Wirtschaftsraum diese Stagnation mitverursacht.

**Schmid Carlo (C, AI):** Nur zwei Bemerkungen: Die Argumentation von Herrn Kollege David betreffend den Luchs möchte ich so nicht auf mir sitzen lassen. Man soll mein Votum nicht mit einer Aussage, die ich so nicht gemacht habe, in die Narrenecke stellen: Ich habe nie gesagt, mit dem Luchs und solchen Dingen könne man den Bundeshaushalt sanieren. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist der, dass der Herr Bundesrat, wenn er auf die klugen Fragen von Herrn David Antwort gibt, vielleicht noch eine Antwort auf eine Frage geben könnte, die ich im Anschluss zu stellen wage - ich habe sie im letzten Votum angetönt -: Wir sprechen laufend von mangelnder Preiskonkurrenz in der Schweiz. Im Bereich der Preisüberwachung, im Bereich des Kartellgesetzes wollen wir den Preiskampf in der Schweiz haben: dass Güter und Dienstleistungen mit dem Preis herunter müssen. Nach meiner Lesart sind wir eben nicht nur Konsumenten. Jeder von uns ist nicht nur Konsument, sondern in der einen oder anderen Weise auch Produzent oder Dienstleister. Wenn ich weniger für eine Dienstleistung oder ein Gut löse, habe ich auch weniger Einkommen. Diese Diskussion wird von Professor Roger Zäch über den Preisüberwacher bis hin zu den Kartellleuten immer ausgeblendet. Man redet nur vom Preis der Güter und der Dienstleistungen. Von der Konsequenz für die Löhne - vielleicht ist das gewollt, aber dann soll man es sagen; vielleicht ist es auch richtig - spricht man nicht. Ich wäre dankbar, wenn der Bundesrat hier ein Wort dazu sagen würde.

**Villiger Kaspar, Bundesrat:** Ich fühle mich sehr geehrt, dass Sie mir die Antwort auf solche Fragen zutrauen. Ich werde versuchen, doch einige Bemerkungen dazu zu machen, und es sind in der Tat Probleme und Fragen, die auch den Bundesrat immer wieder beschäftigen. Ich hoffe, dass ich ein



paar Bemerkungen machen kann, wie sie auch der Volkswirtschaftsminister machen würde. Ich habe jedenfalls den Eindruck, dass wir die Dinge meist sehr ähnlich sehen.

Ich fange einmal beim Preis des Frankens, beim Wechselkurs an; die schwierigste Frage ist nachher jene, die Herr Schmid Carlo gestellt hat. Vielleicht eine Vorbemerkung: Weder das Parlament noch der Bundesrat können die Geldpolitik direkt beeinflussen, weil wir ja die Unabhängigkeit der Nationalbank hochhalten und auch in der Verfassung festgeschrieben haben. Das bedeutet, dass wir der Notenbank Vertrauen schenken müssen und, sollte sie es falsch machen, natürlich relativ wenige Möglichkeiten hätten, einzugreifen. Wir hätten einzig die Möglichkeit, darauf hinzuweisen und den Dialog zu führen.

Dieser Dialog ist natürlich auch für die Notenbank wichtig. Wir werden ja hier über das Notenbankgesetz noch reden dürfen; wir werden darüber streiten müssen, wie der Auftrag formuliert sein soll. Die Notenbank muss Rechenschaft ablegen und sich der Kritik und auch der Wissenschaft und den internationalen Vergleichen usw. stellen.

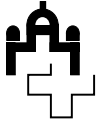
Ich habe den Eindruck, dass die Schweizer Notenbank einen guten Ruf hat. Sie hat vom Währungsfonds jetzt wieder gute Noten bekommen, gerade in den so genannten Artikel-IV-Konsultationen, in denen unsere Wirtschaftspolitik überprüft wird. Ich habe auch den Eindruck, dass sie den Spielraum, den sie im Rahmen ihres Auftrages hat, zugunsten der Wirtschaft klug genutzt hat.

Herr David hat vielleicht nicht ganz aus Zufall immer auf die Situation Anfang der Neunzigerjahre hingewiesen. Dazu muss ich sagen: Die Situation ist heute etwas anders. Damals musste die Notenbank gleichzeitig stark die Inflation bekämpfen, und das ist natürlich restriktiv. Deshalb darf man es schon gar nicht zur Inflation kommen lassen, denn wenn man im dümmsten Moment, in einer Zeit, in der man schon wenig Wachstum hat, noch bremsen muss, hat das sicher sehr negative Konsequenzen. Wir haben heute eine etwas andere Situation. Wenn Sie das anschauen, sehen Sie: Von Mai 2001 bis jetzt hat die Notenbank ihre Zinsen um rund 2,75 Prozentpunkte gesenkt. Das ist doch ein ganz gewaltiger Schritt; das ist eine relativ expansive Geldpolitik.

Ich habe auf die Unabhängigkeit hingewiesen, und, wie gesagt, ich glaube, das Know-how der Notenbanken steigt auch, wenn ich das noch beifügen darf; man lernt dazu. Das ist eine sehr komplexe Materie, weil es sehr viele Einflüsse hat. Weltweit haben die Notenbanken dazugelernt und lernen weiter dazu. Die Erfahrung zeigt einfach, dass unabhängige Notenbanken längerfristig besser arbeiten, weil sie eben nicht dem tagespolitischen Druck unterworfen werden können. Wenn es einmal schlecht geht, wird die Politik immer versuchen, die Notenbank für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Es gibt ein Land, das in unserer Ländergruppe ist, in dem das jetzt versucht wird, in dem die Regierung versucht hat, die Notenbank für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Das ist immer des Teufels. Die Unabhängigkeit der Notenbanken hat sich bewährt, aber es müssen die richtigen Fachleute dort sein, und sie müssen sich der Kritik stellen.

Sie müssen zwischen dem langfristigen Aufwertungsstrend des Schweizerfrankens und kurzfristigen Fluktuationen unterscheiden. Es gibt so eine Richtzahl, die besagt, dass der Schweizerfranken langfristig im Jahresmittel etwa 0,6 Prozent an Wert zugenommen hat. Die Frage ist, ob unsere Wirtschaft das gut oder schlecht verkraftet hat. Wir sind der Meinung, dieser langfristige Trend habe dazu geführt, dass unsere Wirtschaft einem ständigen Anpassungsdruck unterworfen worden ist, der sich langfristig positiv ausgewirkt hat. Die Exportindustrie - ich komme dann beim Wettbewerb noch einmal darauf - ist immer gefordert gewesen und hat ihre Leistung immer aufrechterhalten.

Sie erinnern sich, dass wir Zeiten hatten, in denen der Wechselkurs relativ tief und die Geldpolitik locker war. Es gibt Ökonomen, die behaupten, dass die Wirtschaft in diesen Zeiten Strukturaufgaben vernachlässigt und später einen teuren Preis dafür bezahlt hat. Wenn das Geld also zu billig ist, kann das dazu führen, dass man die Hausaufgaben nicht mehr macht. Es gibt übrigens auch Ökonomen, die sagen, dass Defizite in offenen Volkswirtschaften dazu neigen, über höhere Real-



zinsen zu einem Aufwertungsdruck zu führen. Ob das in der Schweiz auch so ist, dürfte schwierig zu beurteilen sein. Aber immerhin sind die Schocks, die kurzfristig entstehen können, davon zu unterscheiden.

Wenn Sie die Aufwertung, die Sie jetzt erleben, mit derjenigen vergleichen, die wir Anfang der Neunzigerjahre erlebt haben, sehen Sie, dass die Situation damals sehr viel dramatischer gewesen ist. Sie wissen noch: Man hat gesagt, der Dollar gehe auf Fr. 1.20, zu einer Zeit, als wir noch eine beachtliche Inflationsdifferenz zwischen Franken und Dollar hatten. Das würde heute wahrscheinlich 1 Franken entsprechen - ich weiss es in Franken-Werten nicht; ich glaube, es war damals sehr viel dramatischer. Ich will die Schwierigkeiten der heutigen Situation damit aber nicht bagatellisieren. Ich glaube, die Schwierigkeiten sind heute noch nicht dramatisch, aber sie könnten sich im Rahmen von Konflikten natürlich noch erheblich verschärfen. Jetzt muss man natürlich sehen, dass bei einem Aufwertungsdruck immer nur jene reklamieren, die über ihre Exportpreise betroffen sind. Aber wir importieren auch sehr viel; auch sehr viele Exportbranchen importieren, und dann ist eigentlich nur der Veredelungsteil in der Schweiz davon betroffen usw. Es hilft unserer Teuerungskämpfung, es macht Importe billiger - wir sind stark importabhängig. Alles das führt dazu, dass man das auch mitberücksichtigen muss, wenn man den Schaden einer Aufwertung bewerten will.

Wo liegt nun das Problem? Ein Hauptproblem des Schweizerfrankens ist, dass er in Zeiten, in denen die Arglist der Zeit alles verunsichert - wie jetzt aufgrund einer Konfliktgefahr -, natürlich zu einem "sicheren Hafen" wird, mit dem viele Anleger rechnen. Diese denken: Wenn ich in den Schweizerfranken investiere, habe ich - auch wenn ich etwas tiefe Zinsen habe - wenigstens etwas in Sicherheit. Wenn das natürlich sehr viele tun, dann kann das - weil unser Volumen begrenzt ist - die Nachfrage so steigern, dass der Druck nach oben so stark wird, dass er fast nicht mehr bewältigbar ist, auch mit Massnahmen nicht. Ich muss allerdings sagen - wenn ich jetzt sehe, wie schlimm die Zeit bzw. die Unsicherheit eigentlich ist -, dass man sich die Aufwertung noch schlimmer hätte vorstellen können. Aber dieser Effekt könnte je nachdem natürlich auch in einem Kriegsfall jederzeit wieder eintreten.

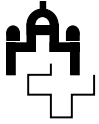
Die Tatsache, dass es noch nicht so dramatisch geworden ist, hat damit zu tun, dass die Notenbank gewillt ist, ihre Instrumente im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu nutzen.

Ich muss zur Überbewertung noch zwei Dinge sagen:

1. Sie fragen, wie wir im Vergleich zu vor zwei Jahren zum Euro stehen. Wenn Sie einen korrekten Wert haben wollen, müssen Sie immer noch die Inflationsdifferenz abziehen. Das heisst, real ist die Differenz ein bisschen kleiner. Es ist immer noch eine Aufwertung, aber sie wird kleiner.
2. Dramatisch ist es aber gegenüber dem Dollar. Das ist aber nicht ein Problem der Frankenstärke, sondern der Dollarschwäche, was der Euro ja auch erlebt. Deshalb versuchen wir uns immer etwas am Euro zu messen.

Aber es ist klar: Auch vom Euro-Raum exportiert man in den Dollar-Raum. Wir liefern in den Euro-Raum zu, Deutschland ist unser wichtigster Kunde usw. Das hat natürlich indirekt eine Auswirkung. Die Notenbank kann als moderates Mittel - das hat sie bis jetzt gemacht - über die Zinspolitik versuchen, die Frankenzinsen zu senken. Das ist in einer Zeit mit rezessiven Tendenzen zugleich auch für die Volkswirtschaft gesamthaft gesehen gut. Es macht Anlagen in Franken weniger attraktiv, weil man weniger Zins bekommt. Bis jetzt hat die moderate Senkung gewirkt; ich habe die rund 3 Prozentpunkte seit Mai 2001 erwähnt.

Die Notenbank hat aber auch immer gesagt, sie sei bereit, zum schärferen Mittel zu greifen: Das wäre die Intervention am Devisenmarkt. Wenn der Franken eine zu grosse Nachfrage erfährt, kann sie mehr Franken verkaufen. Sie schafft damit aber ein Inflationspotenzial, das in zwei, drei Jahren zu einem Inflationsschub führen kann, wenn sie es nicht auf anderen Wegen wieder abschöpfen kann; deshalb ist dies nicht ganz risikolos.



Aber die Notenbank hat mehrfach gesagt, dass sie bereit wäre, im Falle, wo sie wirklich einen starken Druck spürt, zu solchen Mitteln zu greifen. Das letzte Mittel hätte eine grosse politische Konsequenz, nämlich eine Anbindung an den Euro. Das würde zweierlei bedeuten:

1. Wir würden die währungspolitische Autonomie verlieren. Darüber müssten wir meines Erachtens auch im Parlament reden; dann hätten wir keine Möglichkeit mehr, eine autonome Währungspolitik zu betreiben.

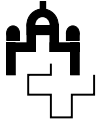
2. Wir würden das "Zinsdelta", den Zinsspread verlieren. Wir haben im Moment immerhin 2 Prozentpunkte Zinsdifferenz, und ich bin - im Gegensatz zu Herrn David - der Meinung, dass das für unsere Wirtschaft nach wie vor ein enormer Standortvorteil ist. Ich glaube, die Aufwertung ist nicht die einzige Ursache für den Zinsvorteil, sondern es gibt auch andere Faktoren wie den Finanzplatz usw. Es gibt ja verschiedene Studien darüber; eine eindeutige Wahrheit gibt es nicht: Der Standortvorteil ist ja auch schon kleiner gewesen, jetzt aber wieder etwas gewachsen. Eine Anbindung wäre wirklich ein politischer Entscheid, der bei einem Beitritt zur EU natürlich aktuell würde.

Sie haben aber etwas Interessantes gesagt: Sie haben gesagt, dass die KMU zum Teil nicht spüren, dass wir diesen Zinsspread haben. Der Zinsvorteil wird überlagert von einer neueren Entwicklung, die darin besteht, dass die Banken bei ihren Zinsen die individuelle Risikolage eines Unternehmens mitberücksichtigen. Es kann sein, dass eine ganze Branche etwas benachteiligt wird, weil man der Branche nicht traut; die Hotellerie hat zum Beispiel Strukturprobleme. Es kann sein, dass in der gleichen Branche unterschiedliche Zinsen berechnet werden. Schauen Sie einmal die Zinsen zwischen Grossbanken an; Sie können auch daran die Risikobeurteilung nach Märkten ablesen - ich will jetzt keine Namen nennen. Das sind Dinge, die sich in den letzten Jahren entwickelt haben.

Die Banken haben das letztlich gemacht, weil das ein Trend ist, der eine ökonomische Begründung hat, und weil natürlich der grosse Abschreibungsbedarf - z. B. 40 Milliarden Franken bei der letzten Immobilienblase Anfang der Neunzigerjahre - dazu geführt hat, dass man diese Dinge stärker berücksichtigt. Das führt natürlich dazu, dass die Kreditstruktur der Banken wahrscheinlich etwas solider geworden ist und viele Firmen durch die Berücksichtigung der Risikostruktur etwas solider finanzieren müssen. Das ist vielleicht auch nicht so schlecht. Das kann aber in Einzelfällen eine Härte sein; ich glaube aber nicht, dass das ein Argument gegen die tieferen Zinsen ist. Ich glaube nämlich: Wenn wir ein höheres Zinsniveau hätten, würden einfach die Risikozuschläge auf der Basis dieses höheren Zinsniveaus erfolgen; dann wäre es noch schlechter. So gesehen glaube ich, dass die Situation für die KMU noch schlechter wäre, wenn wir diesen Vorteil nicht hätten.

Zur Frage: Was sind Wachstumsfaktoren? Es wird gesagt, wir müssten Impulsprogramme usw. starten. Sie können mit einem Strassenbaukilometer die arbeitslosen Bankiers nicht beschäftigen. Wir sind in einer Struktur- und Auslandabhängigkeit, die dazu führt, dass herkömmliche Programme zur Wachstumsankurbelung zum grossen Teil verpuffen - man könnte das jetzt näher analysieren. Deshalb bin ich der gleichen Meinung wie der Volkswirtschaftsminister: Dies wäre trotz politischem Druck keine geeignete Massnahme; sie würde Geld kosten, aber nichts bewirken. Sie käme wahrscheinlich erst noch im falschen Moment, nämlich dann, wenn wir schon wieder Wachstum haben. Deshalb müssen wir uns auf eine langfristige Wachstumspolitik konzentrieren. Wenn es hier Patentrezepte gäbe, die sofort wirken würden, würden diese natürlich alle angewendet. Hier sind die strukturellen Grundlagen schon das Hauptproblem.

Sie haben auf die Studie von Professor Hauser hingewiesen; Hauser hat immer gesagt: Wir können das gleiche Wachstumspotenzial erzeugen - er sagt das nicht erst jetzt, er hat es schon damals gesagt -, wenn wir die strukturellen Hausaufgaben auch ohne Druck machen. Sie haben völlig Recht: Wir haben nicht alle Hausaufgaben gemacht; einige sind gemacht worden. Wir haben in den Neunzigerjahren einiges gut gemacht; deshalb haben wir nämlich Ende der Neunzigerjahre plötzlich wieder ein gutes Wachstum gehabt, sogar ein stärkeres als andere, aber es ist jetzt wieder abgestürzt. Sie haben Recht: Hier müssen wir weitermachen; hier hat uns zum Teil das Volk gebremst, z. B. beim Elektrizitätsmarkt. Wenn Sie die Post strukturell daran hindern, konkurrenzfähig



zu werden, dann wird sie der Konkurrenz nicht gewachsen sein. Das sind Dinge, die sich vielleicht sogar die Gewerkschaften einmal überlegen müssen.

Diese Hausaufgaben struktureller Art müssen wir machen; ich glaube, das erzeugt Wachstumspotenzial. Warum ist die Exportindustrie konkurrenzfähig? Weil sie nie geschützt war. Warum hat die Binnenindustrie Mühe? Weil sie häufig unter Schutz gearbeitet hat.

Jetzt komme ich zur schwierigen Frage von Herrn Schmid. Ich glaube eben letztlich Folgendes: Wenn Sie angebotsorientiert denken, ist es richtig, dass das zu Strukturbereinigungen führt, wenn wir tiefere Preise haben. Das kann heissen, dass in einigen Bereichen Arbeitsplätze abgebaut werden. Ein Beispiel ist Wal-Mart in Amerika: Ein grosser Teil des Wachstums der letzten Jahre, das man so gelobt hat, war nur Wal-Mart, weil kleinere Firmen verschwunden sind; das hat so viel ausgemacht. Ökonomisch ist es dann aber so: Wenn wir mehr Kaufkraft haben, wird sie auch genutzt, und es gibt andere, vielleicht im Dienstleistungssektor, die dann wieder profitieren. Künstliches Hochhalten von Preisen wirkt immer letztlich strukturerhaltend und langfristig wachstumsbremsend.

Wenn Sie den Schritt zum Aufbrechen der Binnenkartelle machen, werden einige verschwinden - Stichwort Lädelerben, was wir erlebt haben -; dafür wird Kaufkraft und Dynamik frei, um in anderen Bereichen Wachstum zu erzeugen. Wenn Sie Bilanz ziehen, zeigt die Erfahrung, dass die Strukturerhaltung mit künstlichen Kartellen sich langfristig schlechter auswirkt.

Nehmen wir das Beispiel der Reklame für Schweizer Bier: Ich habe immer gesagt, dass der Konsument den Eindruck hat, es sei alles das gleiche Bier. Wenn er also etwas anderes will, muss er ein "Carlsberg" kaufen. Was ist die Folge? Die Ausländer haben, trotz Schutz des Kartells, Marktanteile gewonnen. Die Inländer sind verschwunden; die stärksten sind sogar ins Ausland verkauft worden. Das ist für mich ein Beispiel, dass dieser Schutz langfristig ein Scheinschutz ist.

Deshalb bin ich der Meinung, dass das Aufbrechen der Kartelle trotzdem richtig ist, jedoch vielleicht sehr schmerzhaft, wenn es nicht übergeordnete Interessen gibt.

Das ist eigentlich das, was ich dazu sagen möchte. Gesamthaft gesehen, glaube ich, ist sich die Notenbank ihrer Verantwortung bewusst. Ich bin froh, wenn Sie im Wachstumsbereich unsere Politik mittragen. Wir sind immer offen auch für andere Ideen.

Vielleicht noch eine letzte Bemerkung: Sie haben Bildung und Forschung erwähnt. Ich bin ja der Sparer auch dort, weil ich sage: Es erträgt auch dort nicht unbegrenztes Wachstum. Aber wir haben wirklich alles versucht, um zum Beispiel diesem Bereich trotz Sparens sogar einen gewissen Auslauf, ein Wachstum noch zu ermöglichen, weil letztlich unsere wichtigste und langfristige Wachstumsquelle das ist, was wir in diesem Lande mit unseren grauen Zellen können. In diese müssen wir investieren.

Bern, 05.03.2003

---